

Jugendarbeit

Polit-Chaos bedroht die Jugendhilfe

Spielen Harburgs Politiker mit der Zukunft der Einrichtungen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit? Lässt man die monatelange Debatte um die Kürzungen in Höhe von 211 000 Euro Revue passieren, könnte man zu diesem Schluss kommen. Denn egal, ob SPD, CDU, FDP, Grüne oder Linke: Alle Fraktionen scheinen sich eher in politischen Streitereien zu verstricken, als über die Sache zu diskutieren und konkrete, zielgerichtete und juristisch einwandfreie Entscheidungen zu treffen.

Harburg. So versuchen die Sozialdemokraten mit aller Macht, die vom Senat vorgegebenen Sparmaßnahmen durchzudrücken - und das, obwohl sie davon nicht einmal überzeugt sind und sich schon andere SPD-geführte Bezirke gegen ihre Landesregierung ausgesprochen haben. Die Liberalen unterstützen sie dabei, um bloß die 100 000 Euro aus dem vom Senat geplanten Überbrückungsfonds zu bekommen, womit sie eigentlich gleich gegen die Kürzungen stimmen könnten. Und CDU, Grüne und Linke beharren auf ihrer Blockadepolitik, um ihrer Rolle als Opposition gerecht zu werden und in der Hoffnung, dass Hamburg bei seinen Haushaltsverhandlungen im Dezember doch noch einlenkt.

Wer darunter leidet, vergessen dabei anscheinend aber alle: die Träger der Einrichtungen. Seit Wochen haben sie keine Planungssicherheit, wissen nicht, ob sie ihre Arbeit nächstes Jahr fortführen können. Der Grund: Es gibt keinen Jugendhilfeplan 2013, weil sich die Fraktionen aufgrund ihrer Streitereien und Machtgeplänkel nicht auf einen Vorschlag einigen konnten. Die Folge: Hamburg wird entscheiden, bei welcher Einrichtung wie viel gespart wird. Und das wiederum könnte auf den befürchteten "Rasenmäher" hinauslaufen. Heißt: Hamburg spart einfach bei jeder Einrichtung zehn Prozent.

Will Harburg das wirklich riskieren? CDU-Fraktionsvorsitzender Ralf-Dieter Fischer offenbar schon: "Die Träger haben doch auch gegen die Sparmaßnahmen gestimmt."

Bettina Biester